

Pulsnitzer Anzeiger

Dorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Rpf., bei Lieferung frei Haus 55 Rpf. Postbezug monatlich 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlasssätze bei Wiederholungen nach Preiskarte Nr. 4. — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vor 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stellv.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimattell, Sport u. Anzeigen Walter Hoffmann, Pulsnitz; Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil Walter Mohr, Pulsnitz. — D. N. VII.: 2256. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 227

Mittwoch, den 28. September 1938

90. Jahrgang

Prag für Frieden oder Krieg verantwortlich

Ein Telegramm Roosevelts und die Antwort des Führers

Präsident Roosevelt hat an den Führer folgendes Telegramm gerichtet, das auch im gleichen Wortlaut anderen europäischen Staatsmännern zugegangen ist:

„Das Gebäude des Friedens auf dem europäischen Kontinent, wenn nicht auch in der übrigen Welt, ist in unmittelbarer Gefahr.“

Die Folgen eines Friedensbruchs wären unberechenbar; bei einem Ausbruch von Feindseligkeiten würde das Leben von Millionen Männern, Frauen und Kindern eines jeden der beteiligten Länder mit absoluter Sicherheit unter Umständen von unaussprechlichem Schrecken verloren gehen.

Das Wirtschaftssystem in allen beteiligten Ländern würde bestimmt zerrüttet, der soziale Aufbau würde Gefahr laufen, vollkommen zertrümmert zu werden. Die Vereinigten Staaten haben keine politischen Verwicklungen. Sie sind nicht gefangen im Haß gegen die wesentlichen Bestandteile der Zivilisation. Der höchste Wunsch des amerikanischen Volkes ist, in Frieden zu leben. Im Falle eines allgemeinen Krieges jedoch ist es sich der Tatsache bewußt, daß keine Nation den Folgen einer solchen Weltkatastrophe in irgendeiner Weise entgehen kann.

Die traditionelle Politik der Vereinigten Staaten war immer die Förderung der Regelung internationaler Streitigkeiten durch friedliche Mittel.

Es ist meine Überzeugung, daß alle Völker, die heute der Gefahr eines drohenden Krieges gegenüberstehen, darum beten, der Frieden möge lieber vor als nach dem Krieg gemacht werden. Alle Völker müssen sich daran erinnern, daß alle Kulturen der Welt freiwillig die feierlichen Verpflichtungen des Briand-Kellogg-Paktes vom Jahre 1928 auf sich genommen haben, die dahin gehen, Streitigkeiten nur durch friedliche Mittel zu lösen. Außerdem sind die meisten Nationen Partner anderer bindender Verträge, die ihnen die Verpflichtung auferlegen, Frieden zu halten.

Ferner stehen allen Ländern heute zur Lösung von Schwierigkeiten, die auftauchen können, die Schlichtungs- und Versöhnungsverträge zur Verfügung, deren Unterzeichner sie sind. Welches auch die Schwierigkeiten bei den in Frage stehenden Streitigkeiten sind, und wie schwierig und dringend sie sein mögen, sie können durch Anwendung von Gewalt nicht besser gelöst werden als durch Anwendung von Vernunft. In der gegenwärtigen Krise hat das amerikanische Volk und seine Regierung aufrichtig gehofft, daß die Verhandlungen zur Regelung der Streitigkeiten zum glücklichen Ende gebracht werden könnten.

Solange diese Verhandlungen noch fortbauern, solange besteht auch noch die Hoffnung, daß die Vernunft und der Geist der Billigkeit die Oberhand behalten und daß die Welt auf diese Weise dem Wahnsinn eines Krieges entgeht.

Im Namen von 130 Millionen Amerikanern und um der Menschheit willen appelliere ich an Sie, die Verhandlungen, die auf eine friedliche, billige, konstruktive Lösung der Streitfragen zielen, nicht abbrechen. Mit Dringlichkeit wiederhole ich, daß, solange die Verhandlungen fortgesetzt werden, die Streitigkeiten eine Auslösung finden können; sind sie aber einmal abgebrochen, so ist die Vernunft verbannt und die Gewalt macht sich geltend. Und Gewalt bringt keine Lösung zum Besten der Menschheit in der Zukunft.“

Der Führer und Reichkanzler hat an Präsident Roosevelt folgendes Antworttelegramm gerichtet:

Berlin, den 27. September 1938.

Seiner Excellenz dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, Herrn Franklin Roosevelt

Washington.

Eure Excellenz haben in Ihrem, mir am 26. September zugegangenen Telegramm im Namen des amerikanischen Volkes einen Appell an mich gerichtet, im Interesse der Erhaltung des Friedens die Verhandlungen über die in Europa entstandene Streitfrage nicht abbrechen und eine friedliche, ehrliche und aufbauende Rege-

lung dieser Frage anzustreben. Seien Sie überzeugt, daß ich die hochherzige Absicht, von der Ihre Ausführungen getragen sind, durchaus zu würdigen weiß und daß ich Ihre Auffassung über die unabsehbaren Folgen eines europäischen Krieges in jeder Hinsicht teile. Gerade deshalb kann und muß ich aber jede Verantwortung des deutschen Volkes und seiner Führung dafür ablehnen, wenn etwa die weitere Entwicklung entgegen allen meinen bisherigen Bemühungen tatsächlich zum Ausbruch von Feindseligkeiten führen sollte.

Die Ursachen des Konflikts

Um über das zur Erörterung stehende sudetendeutsche Problem ein gerechtes Urteil zu gewinnen, ist es unerlässlich, den Blick auf die Ereignisse zu lenken, in denen letzten Endes die Entstehung dieses Problems und seine Gefahren ihre Ursachen haben.

Das deutsche Volk hat im Jahr 1918 die Waffen aus der Hand gelegt, im festen Vertrauen darauf, daß der Friedensschluß mit seinen damaligen Gegnern die Prinzipien und Ideale verwirklichen würde, die dafür vom Präsidenten Wilson feierlich verkündet und von allen kriegführenden Mächten ebenso feierlich als verbindlich angenommen worden waren.

Niemals in der Geschichte ist das Vertrauen eines Volkes so mächtig getäuscht worden, als es damals geschah. Die den besiegten Nationen in den Pariser Vorverträgen aufgezogenen Friedensbedingungen haben von den gegebenen Versprechungen nichts erfüllt. Sie haben vielmehr in Europa ein politisches Regime geschaffen, das die besiegten Nationen zu den entrechteten Parias der Welt machte und das von jedem Einsichtigen von vornherein als unhaltbar erkannt werden mußte.

Einer der Punkte, in denen sich der Charakter der Diktate von 1919 am deutlichsten offenbarte, war die Gründung des tschecho-slowakischen Staates und die ohne jede Rücksicht auf Geschichte und Nationalität vollzogene Festsetzung seiner Grenzen.

In sie wurde auch das Sudetenland einbezogen, obwohl dieses Gebiet immer deutsch gewesen war und obwohl seine Bewohner nach der Vernichtung der habsburgischen Monarchie einmütig ihren Willen zum Anschluß an das Deutsche Reich erklärt hatten. So wurde das Selbstbestimmungsrecht, das vom Präsidenten Wilson als die wichtigste Grundlage des Völkerlebens proklamiert worden war, den Sudetendeutschen einfach verweigert.

Prag bricht jedes Versprechen

Aber damit nicht genug! Dem tschecho-slowakischen Staat wurden in den Verträgen von 1919 bestimmte und dem Wortlaut nach

weitgehende Verpflichtungen gegenüber dem deutschen Volkstum

auferlegt. Auch diese Verpflichtungen sind von Anfang an nicht eingehalten worden. Der Völkerbund hat bei der ihm zugewiesenen Aufgabe, die Durchführung dieser Verpflichtungen zu gewährleisten, vollkommen versagt. Seitdem steht das Sudetenland im schwersten Kampf um die Erhaltung seines Deutschtums.

Es war eine natürliche und unvermeidliche Entwicklung, daß nach der Wiedererstarkung des Deutschen Reiches und nach der Wiedervereinigung Österreichs mit ihm der Drang der Sudetendeutschen nach Erhaltung ihrer Kultur und nach näherer Verbundenheit mit Deutschland zunahm.

Trotz der loyalen Haltung der Sudetendeutschen Partei und ihrer Führer wurden die Gegensätze zu den Tschechen immer stärker. Von Tag zu Tag zeigte es sich immer klarer, daß die Regierung in Prag nicht gewillt war, den elementarsten Rechten der Sudetendeutschen wirklich Rechnung zu tragen. Vielmehr versuchte sie, mit immer gewaltsameren Methoden die Tschechisierung des Sudetenlandes durchzuführen. Es konnte nicht ausbleiben, daß dieses Vorgehen zu immer größeren und ernstern Spannungen führte.

Ruhige Zurückhaltung Deutschlands

Die deutsche Regierung hat in diese Entwicklung der Dinge zunächst in keiner Weise eingegriffen und ihre ruhige Zurückhaltung auch dann noch aufrechterhalten, als die tschecho-slowakische Regierung im Mai dieses Jahres unter dem völlig aus der Luft gegriffenen Vorwand deutscher Truppenzusammenziehungen zu einer Mobilisierung ihrer Armee schritt. Der damalige Verzicht auf militärische Gegenmaßnahmen in Deutschland hat aber nur dazu geführt, die Intransigenz der Regierung in Prag zu verstärken. Das hat der Verlauf der Verhandlungen der Sudetendeutschen Partei mit der Regierung über eine friedliche Regelung deutlich gezeigt. Diese Verhandlungen erbrachten den endgültigen Beweis, daß die tschecho-slowakische Regierung weit entfernt davon war, das sudetendeutsche Problem wirklich von Grund auf anzufassen und einer gerechten Lösung zuzuführen.

Unerträgliche Zustände

Zunächst sind die Zustände im tschecho-slowakischen Staat in den letzten Wochen, wie allgemein bekannt ist, völlig unerträglich geworden. Die politische Verfolgung und wirtschaftliche Unterdrückung hat die Sudetendeutschen in namenloses Elend gestürzt. Zur Charakterisierung dieser Zustände genügt es, auf folgendes hinzuweisen:

Wir zählen im Augenblick 214000 sudetendeutsche Flüchtlinge, die Haus und Herd in ihrer angestammten Heimat verlassen mußten und sich über die deutsche Grenze retteten, weil sie darin die einzige und letzte Möglichkeit sahen, dem empörenden tschechischen Gewaltregiment und blutigsten Terror zu entgehen. Ungezählte Tote, Tausende von Verletzten, Zehntausende von Angehaltenen und Eingekerkerten, verödete Dörfer sind die vor der Weltöffentlichkeit anklagenden Zeugen eines schon von längst seitens der Prager Regierung vollzogenen Ausbruches der Feindseligkeiten, die Sie in Ihrem Telegramm mit Recht befürchten, ganz zu schweigen von dem im sudetendeutschen Gebiet seit zwanzig Jahren systematisch seitens der tschechischen Regierung vernichteten deutschen Wirtschaftslebens, das bereits alle die Zerrüttungserscheinungen in sich trägt, die Sie als die Folge eines ausbrechenden Krieges voraussehen.

Das deutsche Memorandum

Das sind die Tatsachen, die mich gezwungen haben, in meiner Nürnberg-Rede vom 12. September vor der ganzen Welt auszusprechen, daß die

Rechtslosmachung der 3,5 Millionen Deutschen in der Tschechoslowakei ein Ende nehmen muß,

und daß diese Menschen, wenn sie von sich aus kein Recht und keine Hilfe finden können, beides vom Deutschen Reich bekommen müssen. Um aber noch einen letzten Versuch zu machen, das Ziel auf friedlichem Wege zu erreichen, habe ich in einem dem britischen Herrn Premierminister am 23. September übergebenen Memorandum für die Lösung des Problems konkrete Vorschläge gemacht, die inzwischen der Öffentlichkeit bekanntgegeben sind. Nachdem die tschecho-slowakische Regierung sich vorher der britischen und französischen Regierung gegenüber bereits damit einverstanden erklärt hatte, daß das sudetendeutsche Siedlungsgebiet von tschecho-slowakischen Staaten abgetrennt und mit dem Deutschen Reich vereinigt wird, bezwecken die Vorschläge des deutschen Memorandums nichts anderes als eine schnelle, sichere und gerechte Erfüllung jener tschecho-slowakischen Zusage herbeizuführen.

